

Ost- und West-Berlin : gemeinsame sanieren - ein Beispiel

Autor(en): **Vollmer, Gisela**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design**

Band (Jahr): **3 (1990)**

Heft 5

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-119204>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Das erste Gesamtberliner Projekt an der Marienstrasse

Gemeinsam sanieren – ein Beispiel

In Berlin hat der Planungsprozess begonnen, aus zwei Städten wieder eine zu machen.



Überall tut Hilfe not (Hofansicht Ackerstrasse 167).

Das Zusammenwachsen der geteilten Stadt Berlin ist eine faszinierende und einmalige Aufgabe für Stadtplaner, Architekten und Soziologen («HP» Nr. 4/90, Seite 101). Als erstes müssen erhebliche Kommunikationsschwierigkeiten überwunden werden. Die jahrzehntelange Trennung der beiden Stadthälften hat nicht nur unterschiedliche Stadtstrukturen, sondern vor allem völlig verschiedene Eigentums- und Stadtorganisationsverhältnisse herausgebildet.

Nicht nur im Ostteil der Stadt ist einschlägiges westliches Know-how rar und begehrt, auch in West-Berlin eröffnen sich viele neue Planungs- und Bauvorhaben. Allein entlang der Mauer und im alten Grenzbereich rund um West-Berlin eröffnen sich völlig neue Stadtentwicklungsperspektiven. Stadt-

gedruck bleibt weiterhin so gross, dass auch die Übersiedlung nach West-Berlin und in die Bundesrepublik die Nachfrage nicht mindern konnte. Experten der DDR-Bauakademie in Ost-Berlin schätzen, dass der Zerfall von Bausubstanz zurzeit mehr Wohnraum vernichtet als neu bereitgestellt werden kann.

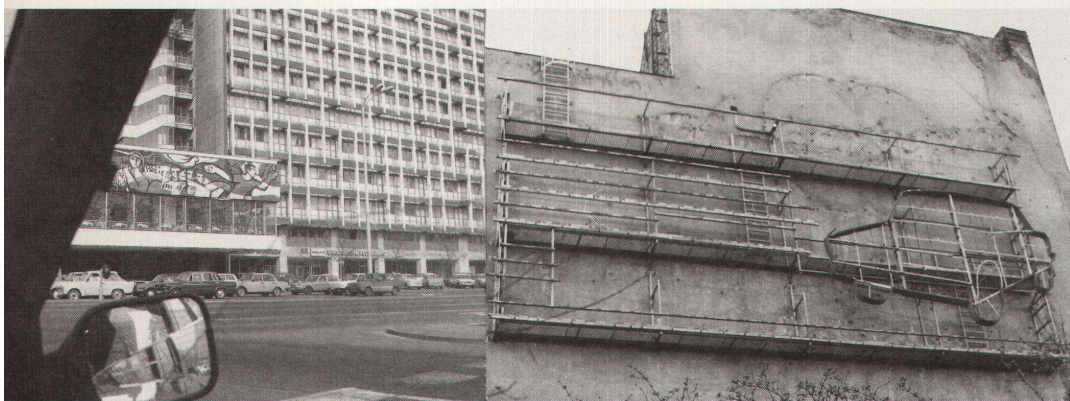
Bereits Mitte März haben fünf Lastwagen aus West-Berlin in der DDR fehlendes oder nur schwer erhältliches Baumaterial zu einem Ostberliner Sanierungsobjekt gebracht, wo Ostberliner Bauarbeiter bereitstanden. Die Instandstellung des Wohnhauses Nr. 7 an der (Ost-)Berliner Marienstrasse ist das erste Gesamtberliner Projekt im Rahmen eines vom Westberliner Senat bewilligten 25-Millionen-DM-Programms für die Wohnbausanierung

sind. Das Profil der Baubetriebe war bisher wenig auf Sanierungsmassnahmen ausgerichtet. Die Eröffnung eines eigenen Büros dieser neugeschaffenen Bauverwaltung in Berlin-Ost hat bereits eine Vielzahl neuer Projekte angezogen. Alle Projekte werden von einer Projektgruppe beraten und verabschiedet, die aus Mitarbeitern der Ostberliner Behörden, des Sprecherrats der Berliner Bürgerinitiativen und der Westberliner Senatsverwaltung besteht. Berücksichtigt werden vor allem möglichst schnell umsetzbare Sanierungen.

Das 25-Millionen-DM-Programm des Westberliner Senats hilft so nicht nur direkt, den Leerbestand zu beseitigen, es gibt vor allem auch Bürgerinitiativen Raum zur Verwirklichung und schafft Arbeitsmöglichkeiten für private Architekturbüros, die sich in nennenswerter Zahl zu bilden beginnen und bei diesen Projekten mit Westberliner Büros zusammenarbeiten können. Damit leistet der Senat auch einen wichtigen Beitrag im Rahmen der Umstrukturierung der gesamten Bauwirtschaft in Berlin-Ost.

Neben den kommunalen Programmen zieht der immense Sanierungsbedarf auch eine Vielzahl von undurchsichtigen und spekulationsverdächtigen Vorhaben an. Bereits bereiten grosse Westberliner Immobilienfirmen, deren Geschäftstätigkeiten in West-Berlin als zwielichtig bekannt sind, sogenannte Joint-venture-Verträge mit Ostberliner Hausverwaltungsorganisationen vor. So versucht die DATA-DOMIZIL (West) vertragliche Bindungen zur KVV Prenzlauer Berg (Ost) herzustellen, mit denen ihr mit der Finanzierung und Leitung eines grossangelegten Sanierungsprogramms auch die zukünftigen Verwaltungs- und Vermietungsrechte übertragen würden. Die im kommunalen Bereich weiterhin bestehenden rechtlichen Unsicherheiten bezüglich der Zuständigkeit und Kompetenz der Behörden verunmöglichen die Übersicht und Kontrolle über Verträge und Verpflichtungen mit westlichen Privatunternehmen, welche von den kommunalen Wohnungsverwaltungen eingegangen werden.

GISELA VOLLMER



Vorder- und Hinteransichten von Ostberliner Grossbauten

teile, welche in den letzten Jahrzehnten im Schatten des Mauer- und Grenzbereichs mehr oder weniger dahingeeserbelt hatten, rückten über Nacht in eine neue Zentrumslage. Strassenzüge sind plötzlich wieder dazu auserkoren, neue hauptstädtische Verbindungsachsen zu werden.

Die Zahl der in Ost-Berlin leerstehenden Wohnungen wird auf mindestens 33 000 geschätzt. Diese Wohnungen stehen aber nicht leer, weil es zuwenig Bewohner gäbe oder weil sie etwa zu teuer wären. Nein, sie stehen leer, weil sie von ihrer Bausubstanz her schlicht unbewohnbar geworden sind. Nach westlichen Massstäben müsste man sogar eine weit höhere Zahl als für unbewohnbar erklären, doch der Nachfra-

ge in Ostteil der Stadt. Durch einen Vertrag zwischen der städtischen Wohnungsgesellschaft DeGeWo Berlin (West) und der Kommunalen Wohnungsverwaltung Berlin-Mitte (Ost) sind die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für dieses und weitere Gemeinschaftsprojekte geschaffen worden. Bereits Ende 1990 sollen die ersten Wohnungen bezugsbereit sein.

Darüber hinaus haben DeGeWo und KVV Mitte einen Bauhof errichtet, bei dem neue Handwerksfirmen, Selbsthilfegruppen und Mieter Werkzeuge (Bohrhämmer, Rohrschneider, Schweissgarnituren und ähnliches mehr) ausleihen können, die in der DDR in der Regel nicht vorhanden